

- 2 **Steuern** Was Ländern und Gemeinden droht
- 3 **Soziales** Kinderarmut weiter gestiegen
Europa Die soziale Säule trägt nicht
- 4 **Sozialpolitik** Pflege und Beruf kaum vereinbar
- 6 **Arbeitswelt** Stress macht rasend
Einkommen Landleben vergrößert die Lohnlücke
- 7 **Mitbestimmung** Rückgang gestoppt

EINKOMMEN

Gute Reise mit Tarifvertrag

Ob Unternehmen Urlaubsgeld zahlen, hängt vor allem davon ab, ob sie tarifgebunden sind. Auch die Branche spielt eine wichtige Rolle.

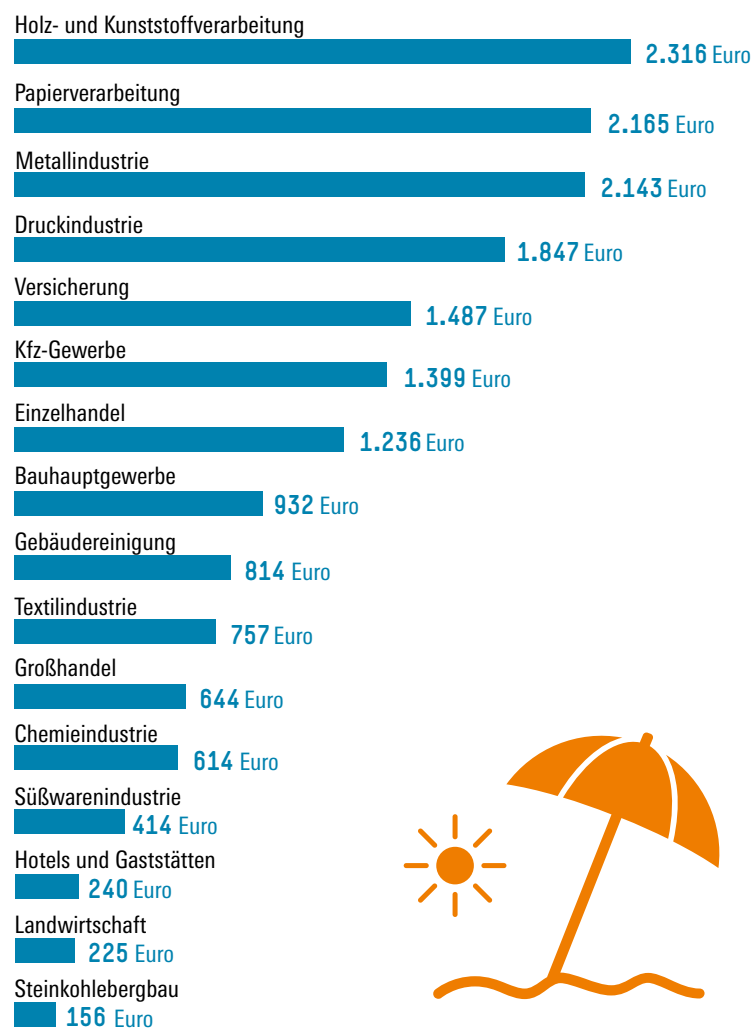
42,6 Prozent der Beschäftigten erhalten von ihrem Arbeitgeber ein Urlaubsgeld. Das zeigt eine Online-Befragung des vom WSI-Tarifarchiv betreuten Portals lohnspiegel.de, an der 2016 rund 6.600 Arbeitnehmer teilgenommen haben. Beschäftigte von tarifgebundenen Unternehmen sind klar im Vorteil: 60,4 Prozent von ihnen dürfen mit einer Extrazahlung rechnen. Ohne Tarifvertrag sind es lediglich 36,9 Prozent.

Männer bekommen mit 50,7 Prozent häufiger ein Urlaubsgeld als Frauen mit 38,7 Prozent. Im Westen fällt der Anteil mit 49,0 Prozent höher aus als im Osten mit 33,2 Prozent. In Kleinbetrieben mit weniger als 100 Mitarbeitern erhalten 34,4 Prozent einen Zuschuss zur Urlaubskasse, während der Anteil in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten 56,5 Prozent beträgt. Unter den Branchen liegt mit 66,2 Prozent das verarbeitende Gewerbe vorn. In den Bereichen Verkehr und Lagerei, dem Baugewerbe und dem Handel wird etwas mehr als der Hälfte der Beschäftigten ein Urlaubsgeld überwiesen. In den meisten Dienstleistungsbranchen sind die Begünstigten dagegen in der Minderheit.

Auch die Höhe des tarifvertraglich vereinbarten Urlaubsgeldes fällt je nach Branche sehr unterschiedlich aus: Zwischen 156 und 2.316 Euro stehen Beschäftigten in der mittleren Vergütungsgruppe in diesem Jahr laut einer Auswertung des WSI-Tarifarchivs zu. Am wenigsten zahlen Betriebe in der Landwirtschaft, im Steinkohlenbergbau und im Hotel- und Gaststättengewerbe. Am meisten gibt es in der Holz- und Kunststoffverarbeitung, in der Druckindustrie, der Papierverarbeitenden sowie der Metallindustrie. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das tarifliche Urlaubsgeld in zwölf der 22 untersuchten Branchen erhöht. <

Urlaubsgeld 2017

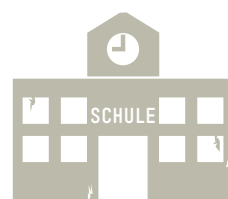
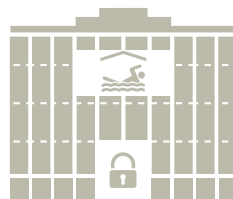
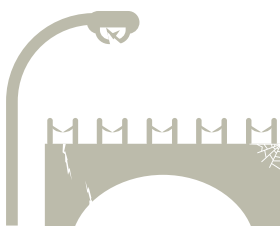
So hoch ist in Westdeutschland das tarifliche Urlaubsgeld der mittleren Entgeltgruppe in der Branche ...



Was Ländern und Gemeinden droht

So hoch wären die Mindereinnahmen durch das Steuerkonzept der CDU-Mittelstandsvereinigung im Jahr 2021 bei den ...

	Länderhaushalten		Gemeindehaushalten	
	Millionen Euro	Prozent der Sachinvestitionen	Millionen Euro	Prozent der Sachinvestitionen
Baden-Württemberg	-1.610	-84,3	-1.449	-31,1
Bayern	-2.180	-122,8	-1.498	-21,4
Berlin	-1.122	-201,5*	-214	
Brandenburg	-459	-166,3	-247	-37,5
Bremen	-203	-109,9*	-49	
Hamburg	-453	-53,2*	-199	
Hessen	-920	-112,1	-836	-51,3
Mecklenburg-Vorpommern	-309	-80,5	-158	-52,9
Niedersachsen	-1.406	-223,5	-784	-36,7
Nordrhein-Westfalen	-2.812	-178,9	-2.093	-51,6
Rheinland-Pfalz	-671	-164,4	-449	-44,0
Saarland	-177	-209,3	-102	-45,5
Sachsen	-759	-73,0	-401	-35,4
Sachsen-Anhalt	-400	-119,1	-242	-50,1
Schleswig-Holstein	-490	-142,0	-299	-35,1
Thüringen	-392	-130,7	-225	-38,9
insgesamt	-14.363	-123,6	-9.244	-35,5



*inklusive Gemeindeebene
 Quelle: IMK 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0808 Daten: bit.do/impuls0809

Im Rahmen seiner Steuerschätzung hat das IMK berechnet, wie sich das Steuerkonzept der CDU-Mittelstandsvereinigung auf die öffentlichen Haushalte auswirken würde. Das Konzept sieht Steuersenkungen in mehreren Stufen vor. Die Mindereinnahmen von insgesamt gut 42 Milliarden Euro, die das IMK für das Jahr 2021 prognostiziert, würden zu einem erheblichen Teil auf Länder und Kommunen entfallen. Allein die Länder müssten in jenem Jahr Ausfälle in Höhe von 14,4 Milliarden Euro verkraften. Das wären 4,1 Prozent der bereinigten Ausgaben – und 123,6 Prozent der Sachinvestitionen, für die rechnerisch also kein Geld mehr zur Verfügung stün-

de. Die Gemeinden würden 9,2 Milliarden Euro weniger einnehmen, was 3,9 Prozent der Ausgaben und über einem Drittel der Investitionen entspräche. Insbesondere in Ländern mit vielen finanzschwachen Kommunen wie Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder dem Saarland könnte das zu erheblichen Verwerfungen führen, warnen die Ökonomen. <

Quelle: Katja Rietzler, Birger Scholz, Dieter Teichmann, Achim Truger: IMK-Steuerschätzung 2017-2021. Staatliche Handlungsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen, IMK-Report Nr. 126, Mai 2017 Download: bit.do/impuls0807

Kinderarmut weiter gestiegen

Amtliche Daten liegen noch nicht vor, doch bereits jetzt ist klar: Die Kinderarmut hat im vergangenen Jahr zugenommen.

Die starke Einwanderung, insbesondere von Flüchtlingen, im Jahr 2015 wird sich in der Armutsstatistik für das Jahr 2016 durch einen weiteren Anstieg der Kinderarmut in Deutschland bemerkbar machen. Das zeigt eine aktuelle Vorausberechnung des WSI. Die amtlichen Daten für 2016 liegen noch nicht vor, die WSI-Berechnungen ergeben aber, dass über 150.000 Einwandererkinder als armutsgefährdet in die 2016er-Statistik eingehen werden, die bislang noch nicht erfasst waren. Gleichzeitig dürfte die Zahl der von Armut betroffenen einheimischen Minderjährigen – mit und ohne Migrationshintergrund – aufgrund des moderaten wirtschaftlichen Aufschwungs um 72.000 niedriger ausfallen als 2015. Per Saldo ist die Armut unter Kindern und Jugendlichen in Deutschland gegenüber dem Vorjahr demnach um rund 82.000 auf 2.629.000 Personen angestiegen. So ergibt sich für 2016 eine Zunahme der Kinderarmutsquote um 0,5 Prozentpunkte auf 20,2 Prozent.

Weitere Berechnungen zeigen, dass das Armutsrisiko von Kindern, die mit ihren Eltern oder allein in die Bundesrepublik eingewandert sind, um knapp 10 Prozentpunkte auf über 58 Prozent angestiegen sein dürfte. Damit erhöht

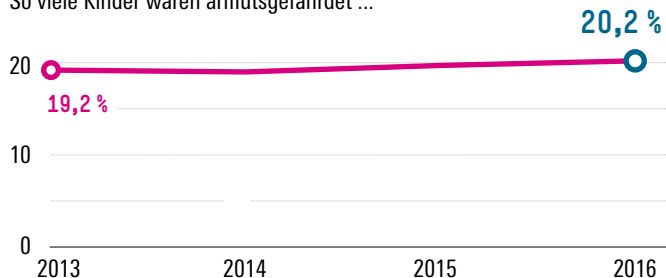
sich zugleich der Anteil der Einwandererkinder unter den armen Kindern. Da Einwandererfamilien durchschnittlich mehr Kinder haben als einheimische Haushalte, ist damit zu rechnen, dass sich der Wiederanstieg der Armut unter kinderreichen Familien in der Statistik für 2016 fortsetzen wird.

Für den WSI-Forscher Eric Seils ergeben sich daraus drei Konsequenzen für eine Politik zur Armutsbekämpfung:

- ▶ Erstens mache die steigende Kinderarmut deutlich, dass die Anstrengungen in der Armutspolitik und die damit verbundenen Aufwendungen nicht nachlassen dürfen. Selbst wenn die Kinderarmut in den kommenden Jahren wieder etwas sinken wird, sei das „kein Grund zur Entwarnung“, sagt Seils. „Wenn wir die jugendlichen Einwanderer heute nicht ausreichend qualifizieren, werden sie als junge Erwachsene unter den armen Erwerbstätigen oder Arbeitslosen wieder auftauchen.“ Hier biete sich die Chance, künftige Armut durch die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden.
- ▶ Zweitens sei der steigende Anteil der Einwandererkinder unter den armen Minderjährigen zu beachten. Ein wichtiger Aspekt der Kinderarmutspolitik der kommenden Jahre werde darin bestehen müssen, die eingewanderten Eltern und insbesondere Mütter zu befähigen, Arbeit zu Konditionen und Löhnen zu finden, die es ihnen ermöglicht, ihre Familien selbst über die Runden zu bringen.
- ▶ Schließlich dürften die einheimischen Kinder bei aller Aufmerksamkeit für die Einwanderer nicht vergessen werden. „Trotz Rekordbeschäftigung hat sich das Armutsrisiko der einheimischen Kinder nur wenig verringert“, so Seils. <

Mehr arme Kinder

So viele Kinder waren armutsgefährdet ...



Quelle: WSI-Verteilungsmonitor Grafik zum Download: bit.do/impuls0810
 Daten zum Download: bit.do/impuls0811

Hans Böckler
Stiftung

Quelle: WSI-Verteilungsmonitor Link: bit.do/impuls0812

EUROPA

Die soziale Säule trägt nicht

Die EU-Kommission will eine „Europäische Säule sozialer Rechte“ errichten. Sie soll in einer von Kommission, Rat und Parlament ratifizierten Erklärung bestehen, die etwa ein Recht auf Mindestlohn oder Mindesteinkommen enthält. Damit signalisiere die Kommission, dass sie „die Bedeutung der sozialen Dimension der EU erkannt hat“, konstataren WSI-Direktorin Anke Hassel und

WSI-Europaexperte Daniel Seikel. Allerdings sind die Wissenschaftler sehr kritisch, was den praktischen Nutzen betrifft. Für Länder wie Deutschland mit ohnehin relativ hohen Standards seien keine Verbesserungen zu erwarten. Außerdem werde die neue Säule nicht tragen, weil die EU an anderer Stelle die sozialen Rechte untergrabe. Während die aktuelle Initiative individuell einklagbar

re Rechte auflistet, würden kollektive Rechte wie Mitbestimmung und Tarifautonomie ausgehebelt. Zu denken sei besonders an die Krisenpolitik in Südeuropa, wo etwa Tarifsysteme dezentralisiert wurden. <

Quelle: Anke Hassel, Daniel Seikel: Zu kurz gesprungen, Wirtschaftsdienst 5/2017 Download: bit.do/impuls0813

Pflege und Beruf kaum vereinbar

Staatliche Arrangements wie die Pflegeversicherung entlasten betroffene Familien. Doch den Hauptteil der Arbeit machen Angehörige selbst – mit enormem Aufwand.

Die Pflege eines Verwandten ist oft mehr als ein Vollzeitjob: 63 Stunden in der Woche fallen in einem Haushalt mit pflegebedürftiger Person im Schnitt an – Waschen, Hilfe beim Essen und im Haushalt oder einfach da sein, um Orientierung zu geben und bei diesem oder jenem helfen zu können. Nur zehn Prozent der Arbeiten übernehmen professionelle Dienste, alles Übrige leisten Angehörige, meist Ehefrauen oder Töchter, und in kleinerem Umfang auch informelle Helfer wie Freunde, Bekannte oder Nachbarn. Allein die „Hauptpflegeperson“ ist im Durchschnitt knapp 50 Stunden pro Woche eingespannt. Dies geht aus einer aktuellen Studie von Volker Hielscher, Sabine Kirchen-Peters und Lukas Nock hervor. Die Wissenschaftler vom Iso-Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft in Saarbrücken haben im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung bundesweit mehr als 1.000 Haushalte befragt, in denen Pflegebedürftige ab 65 Jahren leben – mit und ohne Einstufung in der Pflegeversicherung. Ihre Untersuchung zeigt nicht nur, wieviel Zeit die Pflege in Anspruch

nimmt. Deutlich wird auch, wie sich soziale Ungleichheit bei der Betreuung hilfebedürftiger Menschen niederschlägt oder dass es bei der Verzahnung von Pflege und Arbeitsmarkt in mehrerer Hinsicht knirscht. Das gilt für die Arbeitsbedingungen osteuropäischer Pflegekräfte ebenso wie für die Vereinbarkeit von Job und Familie oder für knappe Einkommen und Rentenansprüche von Beschäftigten, die ihre Arbeitszeit aus Pflegegründen reduziert haben.

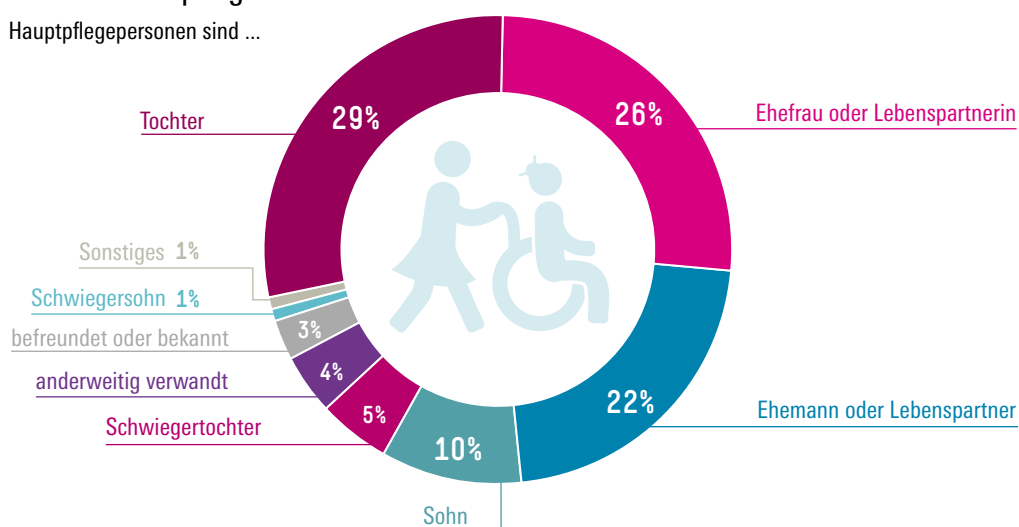
Über die Hälfte verzichtet auf Profi-Unterstützung
Gut 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden zuhause versorgt. Meist gibt es eine Hauptpflegeperson, die den Löwenanteil der Betreuung und Versorgung sowie die Organisation schultert. Am häufigsten handelt es sich dabei um Ehefrauen, Töchter oder Schwiegertöchter. Nur ein Drittel der Hauptpflegepersonen ist männlich – jedoch zeigt der Vergleich zu früheren Studien, dass der Anteil pflegender Männer steigt. Mehr als die Hälfte der befragten Haushalte verzichtet vollkommen auf Unterstützung durch Pflegedienste oder andere professionelle Hilfe. In jedem fünften Pflegehaushalt macht die Hauptpflegeperson alles allein. Wie viel das oft ist, unter-

streicht eine weitere Zahl: Selbst wenn die Krankenkassen den hilfebedürftigen Älteren keine Pflegestufe zuerkannt haben, fallen im Schnitt vier Stunden Arbeit am Tag für die betreuenden Angehörigen an.

Schwierig gestaltet sich die Vereinbarkeit von Pflegeaufgaben und Beruf: Rund ein Drittel der Hauptpflegepersonen im erwerbsfähigen Alter hat die Arbeitszeit im Job reduziert;

Wer zuhause pflegt

Hauptpflegepersonen sind ...



Quelle: Hielscher u.a. 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0814

Hans Böckler
Stiftung

44 Prozent dieser Gruppe sind gar nicht erwerbstätig – das ist ein deutlich überdurchschnittlicher Wert. Die Pflegenden riskieren damit, im Alter selber mit wenig Geld dazustehen. Die gesetzliche Pflegezeit nutzten lediglich sechs Prozent der berufstätigen Hauptpflegepersonen.

Neben die zeitlichen Belastungen treten erhebliche finanzielle Aufwendungen, etwa für Aufwandsentschädigungen und Fahrtkosten von Helfern, Zuzahlungen für Pflegedienste, Tagespflege, Hilfsmittel und Medikamente oder den Menüdienst. Im Durchschnitt aller Pflegehaushalte ermitteln die Forscher rund 360 Euro an monatlichen Ausgaben, die nicht durch sogenannte Sachleistungen der Pflegeversicherung ersetzt werden. Auch das Pflegegeld, das ein Teil der Pflegebedürftigen erhält, kann diese Kosten nur bedingt kompensieren. Darüber hinaus verzichten die Pflegegeldbezieher auf die – besser finanzierten – Sachleistungen der Pflegeversicherung, etwa für den Einsatz eines Pflegedienstes.

Die Pflegerin im Haushalt – etwas für Besserverdiener

Angesichts des hohen Zeitaufwands liegt es bei steigendem Pflege- und Betreuungsbedarf nahe, eigens eine im Haus-

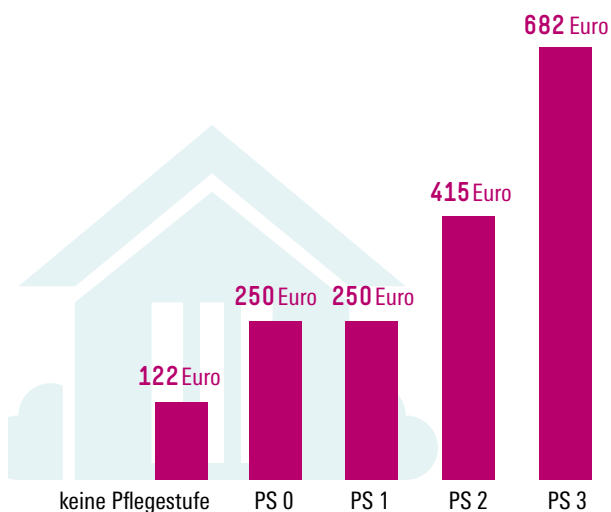
halt lebende Hilfskraft zu engagieren. Das betrifft aktuell knapp jeden zehnten Pflegehaushalt, Tendenz steigend. Diese Jobs übernehmen in aller Regel osteuropäische Arbeitsmigrantinnen. Für Pflegebedürftige, deren Angehörige nicht genug Zeit für eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung haben, ist dies oft die einzige praktikable Lösung, um den Umzug in ein Heim zu vermeiden. Allerdings „scheint in der Praxis eine den arbeitsrechtlichen Mindeststandards entsprechende Beschäftigung dieser Kräfte kaum realisierbar“, konstatieren Hielscher, Kirchen-Peters und Nock. Zudem sei die private Anstellung einer solchen Kraft „nur für Haushalte aus stärkeren sozioökonomischen Milieus finanzierbar“. Ein Dilemma: Würde die Politik zu stärkeren Kontrollen greifen, um die Einhaltung von Mindestlohn und Arbeitszeitbestimmungen sicherzustellen, würde sich die häusliche Rundumpflege weiter verteuern und die soziale Spaltung noch verstärken.

Angebote erreichen Bildungsferne seltener

Dass Pflege sozial selektiv ist, hat aber nicht nur direkt mit den Einkommen zu tun. Die Angebote zur Pflegeberatung erreichen Hauptpflegepersonen aus bildungsfernen Schichten oft nicht, haben die Forscher festgestellt. Offenbar sind sie häufig mit den bürokratischen Anforderungen der Pflege-

Was Pflege zuhause kostet

Durchschnittlich fallen monatlich an ...

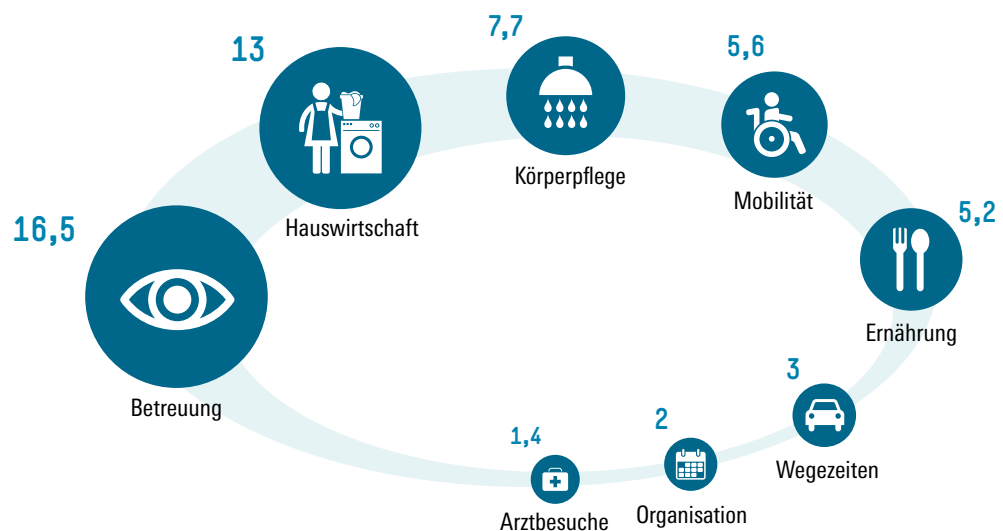


Quelle: Hielscher u.a. 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0816



Wie lange die Pflege zuhause dauert

Die Hauptpflegeperson wendet pro Woche im Schnitt so viel Stunden auf für ...



Quelle: Hielscher u.a. 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0815



organisation überfordert. Auffällig sei, so die Wissenschaftler, dass Pflegebedürftige in einkommensstarken Haushalten oft in höhere Pflegestufen eingruppiert sind als solche aus sozial schwächeren Kreisen. Da nicht ersichtlich ist, warum Wohlhabende pflegebedürftiger sein sollten als Arme, liegt die Vermutung nahe: Es gelingt den Angehörigen höherer Schichten besser, gegenüber der Pflegeversicherung einen größeren Bedarf geltend zu machen.

Gesellschaftspolitische oder private Aufgabe?

Grundsätzlich bestünden in der Pflegepolitik eine Reihe von Zielkonflikten, schreiben die Wissenschaftler. Einerseits sei die Vorstellung leitend, dass Pflege, wenn möglich, zuhause stattfinden soll und primär eine Aufgabe der Angehörigen darstellt. Andererseits werden eine hohe Erwerbsbeteiligung und professionelle Pflegestandards, Chancengleichheit und gute Arbeitsbedingungen für alle angestrebt. All dies gleichzeitig zu verwirklichen, ist schwierig, wie die Untersuchung zeigt. Letztlich müsse die Politik entscheiden, „ob die Bewältigung von Pflegebedürftigkeit als gesellschaftliche Aufgabe definiert und gelöst oder weiterhin ein primär privates, von den Familien zu tragendes Risiko bleiben“ soll. Wird Pflege als gesellschaftliche Aufgabe verstanden, muss die Frage beantwortet werden, ob entweder das Leben im Heim zu einer attraktiven Alternative ausgebaut wird oder „häusliche Settings“ soweit entwickelt und finanziert werden, dass sie auch bei schwerster Pflegebedürftigkeit eine umfassende Versorgung garantieren. <

Quelle: Volker Hielscher, Sabine Kirchen-Peters und Lukas Nock: Pflege in den eigenen vier Wänden: Zeitaufwand und Kosten. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen geben Auskunft, Study der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 363, Juni 2017 Download: bit.do/impuls0817

Stress macht rasend

Stress im Job erhöht das Unfallrisiko: Wenn Pendler Probleme mit dem Chef oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben, verstoßen sie häufiger gegen Verkehrsregeln.

Wer bei der Arbeit unter Druck steht, kann laut einer Studie von Keren Turgeman-Lupo und Michal Biron auf der Straße zur Gefahr für sich und andere werden. Die Wirtschaftswissenschaftler von der Universität Haifa haben ermittelt, dass feindselige Vorgesetzte und Konflikte zwischen Arbeit und Privatleben zu einem riskanteren Fahrstil bei Pendlern führen.

Wie sich Arbeitnehmer am Steuer verhalten, habe weitreichende Folgen, schreiben Turgeman-Lupo und Biron. Verkehrsunfälle seien einer der Hauptgründe für Todesopfer während der Arbeitszeit oder der An- und Abreise. Bei über einem Drittel der beruflichen Todesfälle in den USA zwischen 2003 und 2009 hätten Kraftfahrzeuge eine Rolle gespielt. In Deutschland hätten Pendler allein 2009 fast 180.000 Unfälle gebaut.

Um zu überprüfen, inwieweit Arbeitsbedingungen das Verhalten beim Pendeln beeinflussen, haben die Forscher 361 Beschäftigte eines Großbetriebs in der Elektroindustrie befragt, die regelmäßig mit dem Auto zur Arbeit fahren. Die Befragten sollten unter anderem angeben, wie oft ihr Vorgesetzter Versprechen bricht oder sich abfällig äußert. Darüber hinaus wurde erhoben, wie sehr der Job das Privatleben beeinträchtigt. Als Maßstab für die Gefährlichkeit des Fahrstils dienten Einschätzungen der Beschäftigten, wie oft sie auf dem Weg zur Arbeit oder nach Hause gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen, also beispielsweise Tempolimits missachten.

Immer mehr Pendler

Außerhalb ihrer Wohngemeinde arbeiteten von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ...



Quelle: BBSR 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0818

Hans Böckler
Stiftung

Den Berechnungen zufolge erhöhen sowohl Vereinbarkeitskonflikte als auch böswillige Chefs signifikant die Zahl der Regelverstöße beim Pendeln. Das gilt auch dann, wenn man zusätzlich das Geschlecht, das Alter und die Fahrstrecke statistisch berücksichtigt. Turgeman-Lupo und Biron erklären das zum einen damit, dass negative Gefühle und Sorgen die Konzentration beim Fahren beeinträchtigen. Zum anderen könnten sich Pendler mit aggressiven Vorgesetzten genötigt fühlen, es ihrem reizbaren Boss recht zu machen, indem sie während der Fahrt berufliche Telefonate führen oder Textnachrichten beantworten. Ähnliches gilt für Arbeitnehmer, die Beruf und Familie nur schwer unter einen Hut bekommen: Sie könnten versucht sein, mit denjenigen, die sie zu vernachlässigen meinen, beim Pendeln Kontakt zu halten. <

Quelle: Keren Turgeman-Lupo, Michal Biron: Make it to work (and back home) safely: the effect of psychological work stressors on employee behavior while commuting by car, European Journal of Work and Organizational Psychology 2/2017

EINKOMMEN

Landleben vergrößert die Lohnlücke

Lohngerechtigkeit ist auch eine Frage des Wohnorts: Der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern ist in Großstädten geringer als auf dem Land.

Dass Stadtluft frei macht, war ein Rechtsbrauch im Mittelalter. Dass Stadtluft zumindest etwas gleicher macht, gilt laut Natascha Nisic in finanzieller Hinsicht für Paare im heutigen Deutschland. Die Soziologin von der Universität Hamburg hat mithilfe von SOEP-Daten aus den Jahren 1992 bis 2012 untersucht, wie sich die Siedlungsstruktur auf die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen auswirkt. Den Ergebnissen zufolge fällt diese Kluft in Großstädten ab 100.000 Einwohnern etwa sechs Prozent geringer aus als in Dörfern oder Kleinstädten. Andere Faktoren, die das Lohnniveau beeinflussen, wie Bildung, Alter, Beruf, Branche oder Betriebsgröße, wurden dabei herausgerechnet.

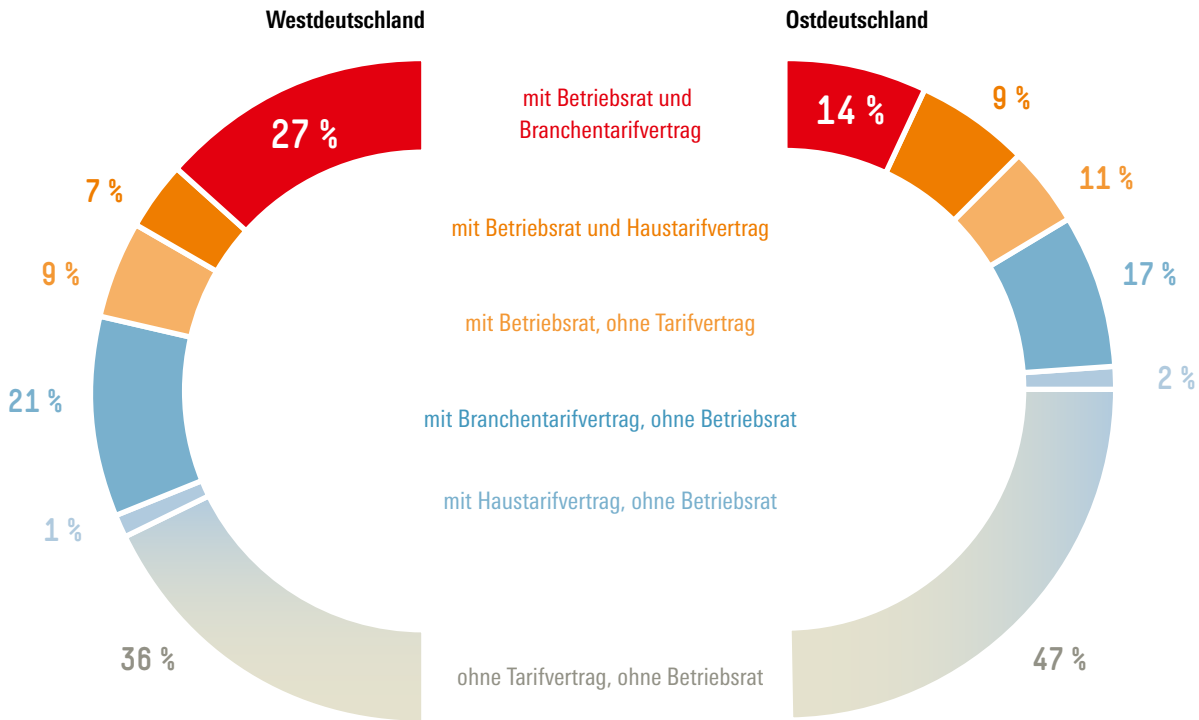
Als Erklärung verweist die Forscherin auf die vergleichsweise geringe Arbeitsmarktmobilität von Frauen in Beziehungen: Viele Paare machten die Wahl des Wohnorts in erster Li-

nie von den Jobaussichten des männlichen Partners abhängig, der nach wie vor mehrheitlich der Hauptverdiener ist. Da auf Frauen traditionell der Löwenanteil der familiären Verpflichtungen entfällt, seien sie zudem nur begrenzt zum Pendeln in der Lage. Die Folge: Sie müssen mit den lokalen Arbeitsplatzoptionen vorliebnehmen. Da diese Optionen in urbanen Regionen mit großen Arbeitsmärkten vielfältiger sind und es dort zudem mehr Kinderbetreuungseinrichtungen gibt, hätten die Großstädterinnen bessere Verdienstaussichten als die Landbewohnerinnen, so Nisic. Bei Singles entfällt der Effekt: Wer nicht an den Wohnort eines Partners gebunden ist, kann ohnehin dorthin ziehen, wo es attraktive Jobs gibt. <

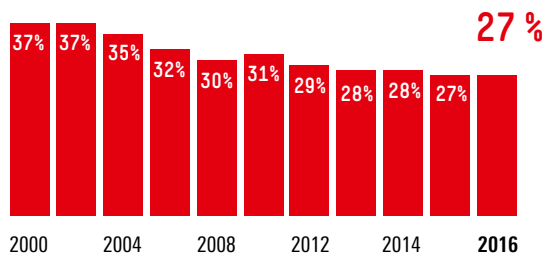
Quelle: Natascha Nisic: Smaller Differences in Bigger Cities? Assessing the Regional Dimension of the Gender Wage Gap, European Sociological Review 2/2017

Rückgang gestoppt

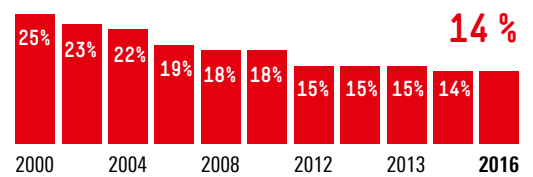
Von den Beschäftigten in privatwirtschaftlichen Betrieben ab 5 Beschäftigten arbeiteten 2016 in ...



Von allen Beschäftigten ohne Tarifvertrag arbeiten in Betrieben, die sich an Branchentarifverträgen orientieren ...



Von den Beschäftigten in privatwirtschaftlichen Betrieben ab 5 Beschäftigten arbeiteten mit Branchentarifvertrag und Betriebsrat ...



Quelle: IAB-Betriebspanel 2016 Grafik zum Download: bit.do/impuls0819 Daten: bit.do/impuls0820

Hans Böckler Stiftung

Peter Ellguth und Susanne Kohaut vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben die Tarif- und Mitbestimmungslandschaft in Deutschland neu vermessen. Dafür haben sie Daten des IAB-Betriebspanels ausgewertet. Nach ihren Berechnungen, die sich auf private Betriebe mit mindestens fünf Mitarbeitern beziehen, wurden im vergangenen Jahr 27 Prozent der westdeutschen und 14 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten sowohl von einem Betriebsrat vertreten als auch nach Branchentarif bezahlt. Weder eine betriebliche Interessenvertretung noch einen tarifgebundenen Arbeitgeber hatten im Westen 36 Prozent und im Osten 47 Prozent der Arbeitnehmer. Die Hälfte der Beschäftigten in den Zonen ohne

Tariffindung profitiert aber davon, dass sich ihr Arbeitgeber an einem Flächentarif orientiert. Seit Mitte der 1990er-Jahre sei die „Kernzone des dualen Systems der Interessenvertretung“ erheblich geschrumpft, schreiben die Wissenschaftler. Immerhin habe sich der Rückgang zuletzt aber nicht fortgesetzt. Der Anteil der Beschäftigten mit Betriebsrat hat 2016 gegenüber dem Vorjahr sogar leicht zugelegt, um jeweils einen Prozentpunkt in West und Ost. Ob damit eine Trendwende erreicht ist, müsse die weitere Entwicklung zeigen. <

Quelle: Peter Ellguth, Susanne Kohaut: Tariffindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2016, WSI-Mitteilungen 4/2017

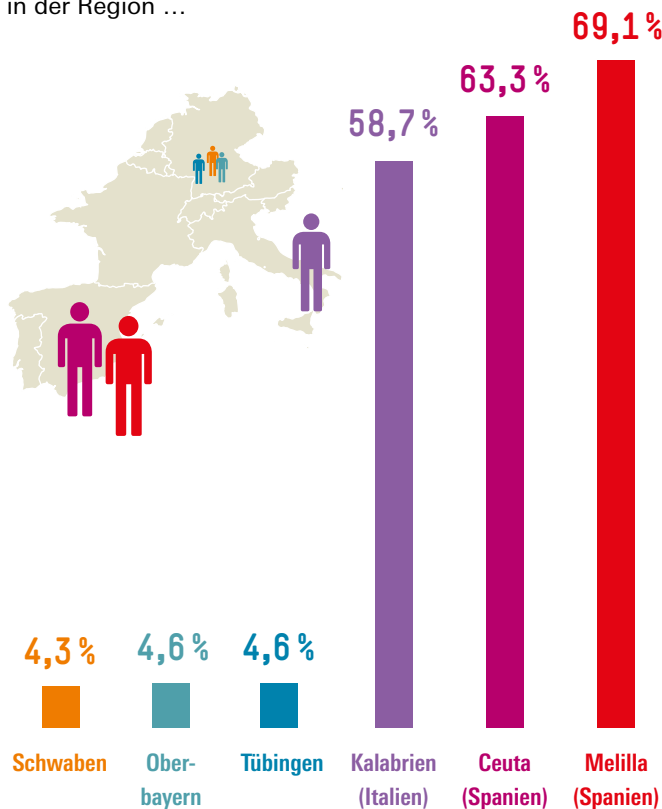
IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: +49 211 77 78-0
 Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
 Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
 Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen,
 Dr. Kai Kühne, Katja Wolf
 redaktion-impuls@boeckler.de
 Telefon: +49 211 77 78-631, Telefax: +49 211 77 78-4631
 Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
 Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

EUROPA

Bis zu 69 Prozent Jugendarbeitslosigkeit

Erwerbslos waren 2016 von den 15- bis 24-Jährigen in der Region ...

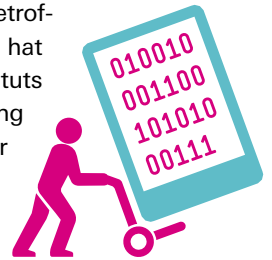


Quelle: Eurostat, April 2017 bit.do/impuls0821

DIGITALISIERUNG

Beschäftigung stabil in Industrie 4.0

Mittlerweile sind alle Branchen und ein Großteil der Betriebe von der Digitalisierung betroffen. Die Umwälzung in der Wirtschaft hat sich laut einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bislang nicht auf die Anzahl der Beschäftigten ausgewirkt. Die Dynamik am Arbeitsmarkt habe sich aber teilweise erhöht.

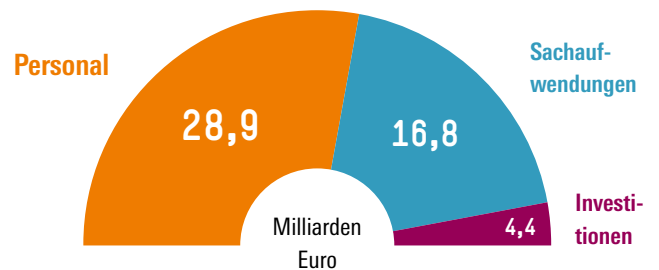


Quelle: IAB, Mai 2017 bit.do/impuls0822

BILDUNG

Hochschulen geben 50 Milliarden Euro aus

So hoch waren 2015 die Ausgaben der Hochschulen für ...

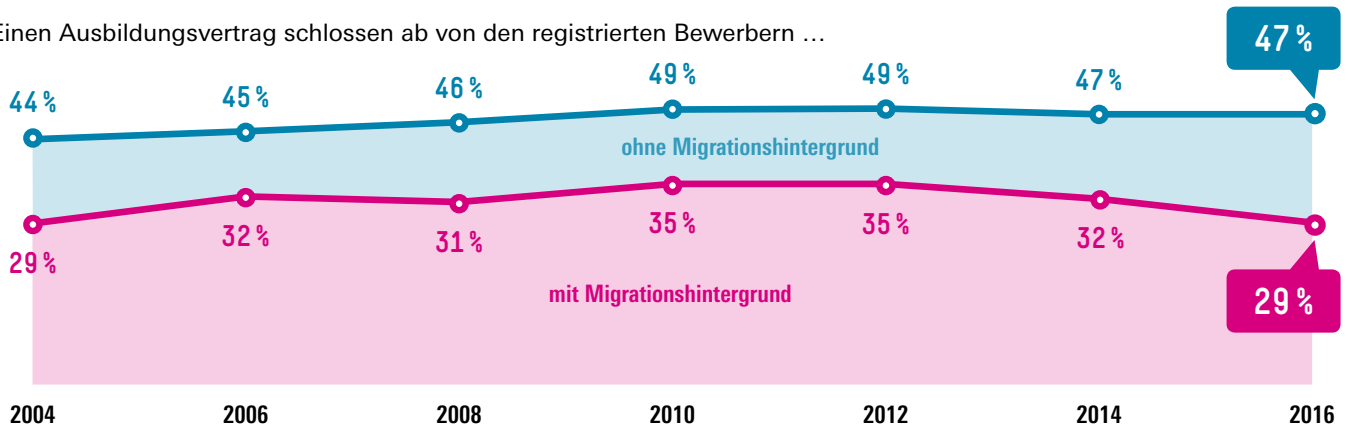


Quelle: Destatis, Mai 2017 bit.do/impuls0823

ARBEITSMARKT

Schlechte Chancen mit Migrationshintergrund

Einen Ausbildungsvertrag schlossen ab von den registrierten Bewerbern ...



Quelle: BIBB, Mai 2017 bit.do/impuls0824